

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 15. September 2003

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung
am 15. September 2003 beschlossen:

Wahlfreiheit statt Zwangskasse, privater Wettbewerb statt Staatsmedizin

Freiheit und Wettbewerb statt Einheitskasse

Die so genannte "Bürgerversicherung" löst kein einziges Problem unserer sozialen Sicherungssysteme! Hinter dem Begriff "Bürgerversicherung" verbirgt sich eine Mogelpackung, die den Menschen schon bald mehr Geld aus den Taschen zieht. Die "Bürgerversicherung" ist der Versuch, den Bürgern jegliche Freiheiten für die Gestaltung ihres Versicherungsschutzes zu nehmen. Rot-Grün setzt darauf, dass der Staat besser weiß als die Betroffenen, was gut für sie ist.

Ein marodes System wird nicht dadurch in Ordnung gebracht, dass noch mehr Menschen gezwungen werden, in dieses System einzuzahlen. Mit der Zahl der Einzahler steigt auch die Zahl der Anspruchsberechtigten. Es kann daher keine Kostenentlastung geben: Jeder der einzahlt, erwirbt auch Ansprüche.

Die "Bürgerversicherung" führt zur staatlichen Einheitsversorgung. Ohne Wettbewerb mit einem einheitlichen Leistungsangebot nach staatlichen Vorgaben "vegetieren die betroffenen Massen als Zwangsabonnenten der Ortskrankenkassen" (Kurt Tucholsky).

Den Weg in Staatsmedizin und Einheitskasse werden wir als Liberale nicht mitgehen. Die Ausweitung der Zwangsversicherung kann und wird nicht die Unterstützung der FDP finden.

Medizinische Versorgung ist gefährdet

Die Lage des deutschen Gesundheitssystems ist Besorgnis erregend: Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem Defizit im letzten Jahr in Höhe von 3,4 Milliarden Euro und einem neuerlichen Defizit im ersten Halbjahr des Jahres 2003 in Höhe von 1,8 Milliarden Euro, einer hohen Verschuldungsrate, aufgebrauchten Rücklagen und ausstehenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber Krankenhäusern sowie weiteren Herausforderungen durch demografische Entwicklung, medizinischen Fortschritt und sinkende Lohnquote, ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im bestehenden Gesundheitssystem ge-

fährdet. Ständig steigende Beiträge belasten Bürger und Betriebe. Die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt werden die Lage in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Strukturelle Reformen des Gesundheitswesens sind deshalb erforderlich. Wir müssen offen und ehrlich darüber diskutieren, was die Solidargemeinschaft in Zukunft noch leisten kann, und was der Einzelne selbst zur Vorsorge beitragen muss. Wie auch bei der Rente müssen wir auch die Krankenversicherung stärker auf eine kapitalgedeckte Basis stellen, um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung mildern zu können. Wir brauchen mehr Freiheit im Gesundheitswesen: Statt noch mehr Menschen in ein staatlich organisiertes Zwangskorsett zu pressen, müssen wir den Menschen mehr Freiheiten geben. Wir brauchen statt einer Pflichtversicherung eine Pflicht zur Versicherung.

Gesundheitswesen modernisieren

Notwendig ist eine Gesundheitsreform, die in Anbetracht der gestiegenen Lebenserwartung und steigender Kosten durch den medizinischen Fortschritt auch in den nächsten Jahren insbesondere in der Zeit ab dem Jahre 2020 für alle Teile der Bevölkerung einen bezahlbaren Versicherungsschutz für die notwendige medizinische Versorgung im Krankheitsfall sichert und damit dem Grundsatz der Nachhaltigkeit im Sinne von Generationengerechtigkeit beherzigt.

Daher setzt die FDP auf ein Gesundheitswesen, das eine gute und bezahlbare medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, den Menschen Gestaltungsmöglichkeiten für den Umfang ihres Versicherungsschutzes gibt, Anreize für alle Beteiligten setzt, mit den vorhandenen Ressourcen sparsam umzugehen, die freie Arztwahl garantiert, Schluss macht mit gesetzlich vorgegebenen Budgets gleich welcher Art und feste Preise für die einzelnen ärztlichen, zahnärztlichen und psychotherapeutischen Leistungen vorsieht.

Deswegen müssen wir den Pflichtleistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung auf einen Kernbereich konzentrieren. Wir müssen mehr Transparenz für Versicherte schaffen und das Sachleistungsprinzip durch das Kostenerstattungsprinzip ersetzen.

Mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb, mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten beim Versicherungsschutz durch Selbstbehalte oder Boni – das sind die notwendigen Maßnahmen, um eine gute und bezahlbare medizinische Versorgung für die Zukunft sicher stellen zu können.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat für eine freiheitliche Reform des Gesundheitswesens ein umfassendes Konzept vorgelegt und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt.

Die Einbeziehung aller Bürger in die Gesetzliche Krankenversicherung ist dagegen ein gefährlicher Irrweg, der die bestehenden Probleme nicht behebt, sondern sie verschärft. Ein schlechtes System wird nicht dadurch besser, dass alle hineingezwungen werden.